

<p>An</p> <p>Bezirksregierung</p> <p>über</p> <p>Anlaufstelle für die Beratungsprogramme des Landes</p>	<p>Antrag auf Gewährung einer Zuwendung</p> <p>zur</p> <p><input type="checkbox"/> Potentialberatung <input type="checkbox"/> Arbeitszeitberatung</p>
--	--

Gem. § 44 Landeshaushaltsordnung NRW und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften

Bescheinigung der Anlaufstelle: (nur von der Anlaufstelle auszufüllen)	
Die geplante Maßnahme ist zur Zielerreichung	
<input type="checkbox"/> geeignet <input type="checkbox"/> nicht geeignet	
Vorgeschlagene Anzahl der zu fördernden Beratungstage:	
Das Protokoll zur Antragsberatung (Potential-/Arbeitszeitberatung) ist beigelegt.	
_____	_____
Ort, Datum	Name der Beraterin / des Beraters der Anlaufstelle

1. Antragsteller/in:	
Name/Bezeichnung:	
Auskunft erteilt:	
	Name: <u>Tel. (Durchwahl):</u> Telefax-Nr.: Email Adresse:
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort/Kreis

Vertretungsberechtigt: (Vertreterin /Vertreter des Unternehmens)		
Bankverbindung:	Konto-Nr.:	BLZ:
	Bezeichnung des Kreditinstitutes:	
	Kontoinhaber/in / Zahlungsempfänger/in:	
	ggf. Az/Geschz./Buchungsstelle:	
2. Angaben zum mit der Durchführung der Beratung vorgesehenen Unternehmen		
Name/Bezeichnung		
Geschäftsführerin/Geschäftsführer		
Name:		
Tel.-Nr.:		
Anschrift: (Straße, PLZ, Ort)		
3. Maßnahme		
3.1 Maßnahmebezeichnung:		
<input type="checkbox"/> Förderung von Potentialberatung <input type="checkbox"/> Förderung von Arbeitszeitberatung		
3.2 Kennziffer des Wirtschaftszweiges: _____ (s. Anhang, Seite 5 des Antrags)		
3.3 Kammerzugehörigkeit:		
<input type="checkbox"/> Handwerkskammer		
<input type="checkbox"/> IHK		
<input type="checkbox"/> Handwerkskammer und IHK		
<input type="checkbox"/> Sonstige		
<input type="checkbox"/> Keine Kammerzugehörigkeit		
3.4 Durchführungszeitraum:		
vom _____ bis _____		
3.5 Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen _____ Männer _____ Frauen Beschäftigten ¹		

¹ Teilzeitbeschäftigte sind anteilig zu berücksichtigen.

3.6. Das antragstellende Unternehmen beschäftigt zum Zeitpunkt der Antragstellung **ausschließlich** geringfügig Beschäftigte

ja nein

4. Erhaltene/beantragte Beratungsleistungen²

4.1 Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass sie/er im Zeitraum von 3 Jahren vor Antragstellung

- keine im Rahmen eines Verbundprojektes geförderte Beratungs- und Qualifizierungsleistungen erhalten hat
- keine Förderung erhalten hat für Potential- oder Arbeitszeitberatung
- eine Förderung erhalten hat für Potentialberatung im Umfang von _____ Beratungstagen
- eine Förderung erhalten hat für Arbeitszeitberatung im Umfang von _____ Beratungstagen

4.2 Zahl der (neu) beantragten Beratungstage _____

5. Finanzierungsplan

5.1 Kosten der Beratung laut Kostenvorschlag	€
5.2 davon Eigenmittel (mindestens 50 %)	€
5.3 davon beantragte Zuwendung (siehe Nr. 6 des Antrags)	€

6. Berechnung der beantragten Zuwendung

² Gefördert werden Beratungstage (Tagewerke im Unternehmen). Eine Förderung von Vor- und Nachbereitungszeiten der Tagewerke im Unternehmen ist nicht zulässig.

Potentialberatung: Unternehmen < 50 Beschäftigte 3 bis zu 10 (8) Tage

Unternehmen \geq 50 Beschäftigte 3 bis zu 15 (12) Tage

Die in Klammern gesetzte Höchstzahl gilt, wenn in den letzten drei Jahren vor Antragstellung eine Arbeitszeitberatung gefördert wurde.

Arbeitszeitberatung: Unternehmen < 50 Beschäftigte 3 bis zu 6 (4) Tage

Unternehmen \geq 50 Beschäftigte 3 bis zu 9 (6) Tage

Die in Klammern gesetzte Höchstzahl gilt, wenn in den letzten drei Jahren vor Antragstellung eine Potentialberatung gefördert wurde

Anzahl der geplanten Beratungstage A	Zuwendung /Beratungstag (max. 500,-€ /Tag) ³ B	Beantragte Gesamtzuwendung A x B
_____	_____ €	_____ €

7. Begründung (ggf. auf gesondertem Beiblatt erläutern)

7.1 Zur Notwendigkeit der Maßnahme

7.2 Zur Notwendigkeit der Förderung und Finanzierung (z. B. Eigenmittel, Förderhöhe, alternative Förderungs- und Finanzierungsmöglichkeiten)

8. Erklärungen

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass

- 8.1** mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird,

Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten.

- 8.2** sie/er zum Vorsteuerabzug

- berechtigt
 nicht berechtigt ist

und dies bei den Ausgaben berücksichtigt hat, soweit sie der Antragstellung zugrundegelegt sind,

- 8.3** zur Finanzierung der beantragten Maßnahme keine Fremdmittel (Leistungen Dritter) eingesetzt werden.

- 8.4** die Maßnahme den Vorschriften und Zielen der Europäischen Union einschließlich der Bestimmungen über den öffentlichen Wettbewerb und die Vergabe öffentlicher Aufträge entspricht.

- 8.5** für die hier beantragte Zuwendung neben den im Finanzierungsplan ausgewiesenen öffentlichen Förderung keine anderweitigen öffentlichen Mittel beantragt wurden bzw. werden,

- 8.6** das antragstellende Unternehmen zum Zeitpunkt der Antragstellung
(Zutreffendes bitte ankreuzen)

- 8.6.1** eine betriebliche Interessenvertretung hat:

- ja und deren schriftliche Einverständniserklärung zur Durchführung der Maßnahme vorliegt
 nein

- 8.6.2** länger als fünf Jahre besteht (gilt nur für Potentialberatung) : ja nein

³ Bis zu 50 % der notwendigen Ausgaben pro Beratungstag, höchstens 500,- €

- 8.7** die Angaben in diesem Antrag einschließlich der Anlagen vollständig und richtig sind.
- 8.8** ihr/ihm bekannt ist, dass die Beratung grundsätzlich mit Beteiligung von Beschäftigten des antragstellenden Unternehmens und in der Regel im Unternehmen stattzufinden hat und telefonische Beratungen **nicht** förderfähig sind,
- 8.9** ihr/ihm bekannt ist, dass maximal 50 v.H. der notwendigen Ausgaben für Beratungstage, jedoch höchsten 500 € pro Beratungstag gefördert werden können,
- 8.10** ihr/ihm bekannt ist, dass die Beratung von dem o.a. Beratungsunternehmen durchgeführt werden soll und ein möglicher Wechsel des Beratungsunternehmens vorher mit der Bewilligungsbehörde abzustimmen ist,
- 8.11** ihr/ihm bekannt ist, dass das Beratungsunternehmen über jeden Beratungstag ein Protokoll zu erstellen hat, aus dem sich Namen der Beraterin/des Beraters, Namen der an der Beratung teilnehmenden Beschäftigten des antragstellenden Unternehmens, das Thema der Beratung sowie Tag und Dauer der Beratung ergeben und dass dieses Protokoll jeweils innerhalb einer Woche nach der Beratung bei ihr/ ihm vorliegen muss,
- 8.12** ihr/ihm bekannt ist, dass jederzeit (auch unangekündigt) während und nach Ende der Laufzeit der Maßnahme Vor-Ort-Kontrollen im Unternehmen durch zur Prüfung Berechtigte möglich sind.

Hinweis auf § 264 StGB:

Ich erkläre hiermit, dass mir bekannt ist, dass

- sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigelegten Anlagen/Vordrucken gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
- die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigelegten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.
- ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich
 1. einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind,
 2. einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende,
 3. den Subventionsgeber entgegen den Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
 4. in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche.
- es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.

Datenschutzrechtliche Einverständniserklärung

Die Förderung aus den EU-Strukturfonds ist gemäß Artikel 6 in Verbindung mit Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe d der VO (EG) Nr. 1828/2006 daran gebunden, dass Sie sich mit der Aufnahme in ein Verzeichnis der Begünstigten, der Bezeichnung der Vorhaben und des Betrags der für die Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Beteiligungen einverstanden erklären. Das Verzeichnis der Begünstigten wird jährlich im Rahmen der Web-Präsentation des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (<http://www.arbeitsmarkt.nrw.de>) veröffentlicht.

Hiermit erkläre ich mich für den Fall einer Förderung aus Mitteln der ESF-Förderperiode 2007 – 2013 damit einverstanden, dass der Name meines Unternehmens bzw. meiner Institution als Zuwendungsempfänger, die Bezeichnung meines Vorhabens sowie der Betrag der für mein Vorhaben bereitgestellten öffentlichen Mittel veröffentlicht wird wie oben beschrieben. Mir ist bekannt, dass ich diese Einwilligung verweigern, bzw. zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen kann, dass dann aber eine Förderung nicht erfolgt bzw. bereits geflossene Mittel zurückgefordert werden.

9. Anlagen

- De-minimis-Erklärung (Vordruck 2)
- Bei privaten Unternehmen: Handelsregistereintragung, bei nicht eingetragenen Unternehmen: Gesellschaftsvertrag
- Bei Vereinen: Auszug aus dem Vereinsregister

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

Anhang zu Frage 2.2 (Seite 2)

Kennziffer	Wirtschaftszweig
01	Landwirtschaft, gewerbliche Jagd
02	Forstwirtschaft
05	Fischerei und Fischzucht
10	Kohlenbergbau, Torfgewinnung
11	Gewinnung von Erdöl und Erdgas und damit verbundene Dienstleistungen
12	Bergbau auf Uran- und Thoriumerze
13	Erzbergbau
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau
15	Ernährungsgewerbe
16	Tabakverarbeitung
17	Textilgewerbe
18	Bekleidungs-gewerbe
19	Ledergewerbe
20	Holzgewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
21	Papiergewerbe
23	Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen
24	Chemische Industrie
25	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden
27	Metallerzeugung und -bearbeitung
28	Herstellung von Metallerzeugnissen
29	Maschinenbau
30	Herstellung von Büromaschinen, EDV-Geräten und -einrichtungen
31	Herstellung von Geräten zur Elektrizitätserzeugung, -verteilung
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik
34	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
35	Sonstiger Fahrzeugbau
36	Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren und sonstigen Erzeugnissen, Recycling
37	Recycling
40	Energieversorgung
41	Wasserversorgung
45	Baugewerbe
50	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen
51	Handelsvermittlung und Großhandel
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern
55	Gastgewerbe
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
61	Schifffahrt
62	Luftfahrt

63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung
64	Nachrichtenübermittlung
65	Kreditgewerbe
66	Versicherungsgewerbe
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten
70	Grundstücks- und Wohnungswesen
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
72	Datenverarbeitung und Datenbanken
73	Forschung und Entwicklung
74	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
75	Sozialversicherung
76	Staatliche Organe
77	Kommunale Organe
80	Erziehung und Unterricht
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen
90	Entsorgung
91	Organisationen ohne Erwerbszweck
92	Kultur, Sport und Unterhaltung
93	Sonstige Dienstleistungen
95	Private Haushalte
99	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften